

sichts des Verfallszustandes unserer Denkmale viel zu niedrigen Summe. - Ich danke.

(Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:**

Ich danke dem Abgeordneten, und, meine Damen und Herren, als letztes Ressort: Minister für Wissenschaft und Technologie. Das Wort hat Prof. Dr. Hahn von der Fraktion der PDS.

#### **Prof. Dr. Hahn für die Fraktion der PDS:**

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Haushaltspolitik muß sich an der Zukunft orientieren, das haben wir heute schon einmal gehört, und im Zusammenhang mit dieser Zukunftsorientierung steht die Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Ich weiß nicht, ob es ein Zufall ist, daß Fragen der Wissenschaft und Forschung in dieser Kammer bisher kaum eine Rolle gespielt haben und auch heute bei der Begutachtung des Haushaltsplanentwurfes als letztes Ressort abgehandelt werden. Wenn das kein Zufall ist, dann sollten wir uns diesen Fragen aufmerksamer entgegenstellen.

Erkennend, daß die Forschung und Wissenschaft Investitionen in die Zukunft darstellen, hatte die Koalitionsregierung in ihrem Regierungsprogramm formuliert:

„Die Freiheit der Forschung an Hochschulen, Universitäten und den Akademien verlangt, daß die Grundlagenforschung“,

und ich betone die Grundlagenforschung,

„aus dem Staatshaushalt zu finanzieren ist. Für projektgebundene Forschungsvorhaben können Mittel aus dem Staatshaushalt zur Finanzierung beantragt werden.“

Der Haushaltsplanentwurf zeigt uns die Strategie, wie die Regierung versucht, ihren eigenen Ansprüchen zu genügen. Nachdem Forschung und Technologie im ersten Staatsvertrag kaum mit einem Wort erwähnt worden sind, ist es besonders interessant für mich als Vertreter der Opposition, aber nicht nur für mich, sondern, ich weiß, über Fraktionen hinweg und insbesondere für die Wissenschaftler in unserem Land, wie die Regierung diesem Anspruch genügen möchte.

Der Regierung liegen entsprechende Analysen vor, aus dem In- und aus dem Ausland, ich möchte z. B. auf die Analyse des Wissenschaftsrates in Köln verweisen, die wir aus Zeitgründen hier nicht näher untersuchen wollen, die aber die Situation in der DDR auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung sehr sachlich und nüchtern einschätzt. Wenn es mit dem Haushaltsplan darum geht, die erste Etappe der deutsch-deutschen Forschungslandschaft zu gestalten, und wenn es der Regierung darum geht, mit diesem Haushaltsplan den Wissenschaftsstandort DDR zu erhalten, muß sich die Regierung die Frage gefallen lassen, wer darüber bestimmt, daß nur 1,5 % der Mittel über alle Pläne hinweg des Gesamthaushaltes für wissenschaftliche Fragestellungen zur Verfügung gestellt werden. Der Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Technologie ist noch kleiner. Das ist weniger als das alte, marode SED-Regime für die Wissenschaftler zur Verfügung gestellt hat. Das ist natürlich weniger, als in der BRD auf diesem Gebiet aufgewandt wird, und nur, weil dort auf diesem Gebiet in der Vergangenheit mehr aufgewandt worden ist, war es möglich, eine solche Wirtschaft zu etablieren, die Innovationen hervorbringt und in der Lage ist, im internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen. Das ist natürlich weniger, als die USA investieren, und, wenn man an Japan denkt, ist es überhaupt nicht vergleichbar.

Das heißt, auf manchen Gebieten, in manchen Bereichen sind in Einzelpositionen Zahlen genannt worden, die für mich nicht verständlich sind. Wenn insgesamt für die medizinische Grundlagenforschung 34 Mio DM ausgewiesen sind, so ist das in der Größenordnung eines einzelnen Großforschungsvorhabens in anderen Ländern.

Auch wenn es sich - wie wir gehört haben - um einen Haushalt handelt, der sich auf einem schmalen Grat bewegt, ist es trotz alledem legitim, zu fragen: Wenn die Gelder in der Relation nicht verändert werden können - daß es da Vorschläge gibt, haben mehrere meiner Vorredner betont -, was wird mit den Geldern, die den einzelnen Strukturbereichen zugeordnet sind, gemacht? Ich möchte hier nicht nur darauf hinweisen, daß nach Experteneinschätzungen Strukturen weiterhin subventioniert werden, die eigentlich in die Marktwirtschaft entlassen werden könnten, wie z. B. Rechenzentren, die Geld kosten, Designerstudios, Verlage, Technologiezentren und ähnliche Einrichtungen in fast allen Ministeriumsbereichen bis hin zum Ministerium für Handel und Tourismus.

Hier scheint mir doch die Frage angebracht, warum solche marktfähigen Strukturen so zögerlich entlassen werden und diese weiterhin subventioniert werden. Auch das Verhältnis zwischen Lohnkosten und Investitionen im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Technik ist zweifelhaft, denn Investitionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt belegen, wie es möglich sein wird, die Gestaltung der deutsch-deutschen Forschungslandschaft für unser Land zu erreichen. Wir begrüßen, daß das Ministerium für Wissenschaft und Technologie Mittelbeiträge für die Deutsche Forschungsgesellschaft bereitgestellt hat, damit den DDR-Wissenschaftlern die Möglichkeit eröffnet, sich um diese Mittel projektgebunden zu bewerben. Es muß, und das ist, glaube ich, eine Überzeugung, die auch über Fraktionen hinweggeht, jetzt schnell gestaltet werden, damit diese Mittel der DDR-Wissenschaft wieder zugute kommen und daß ein entsprechendes Begutachtungsverfahren zur Erhöhung der Qualität beiträgt.

Insgesamt gesehen scheint es notwendig zu sein, daß dieser zukunftsorientierte Bereich unserer gesellschaftlichen Entwicklung mehr Aufmerksamkeit in dieser Kammer erfahren muß. - Ich danke.

(Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:**

Ich danke dem Abgeordneten.

Meine Damen und Herren! Ich schließe die Aussprache. Es ist vorgesehen, den Tagesordnungspunkt 1, verzeichnet in der Drucksache Nr. 141, in 2. Lesung auf die Tagesordnung der 27. Tagung der Volkskammer zu setzen.

Ich habe jetzt einen Org.-Hinweis. Jetzt trifft sich der Haushaltsausschuß im Konferenzraum 3, 4. Etage, Spreeseite.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, jetzt etwas zur Kenntnis zu nehmen. In jüngster Zeit ist zunehmend Kritik an den Sicherungs- und Sperrmaßnahmen im Bereich der Durchsetzung der Bannmeile geübt worden. Ich bitte Sie zu akzeptieren, daß diese infolge der sich häufenden Drohungen nicht gelockert werden können und die Kritik an den Beamten zu unterlassen. Sie werden dadurch verunsichert, und unsere Sicherheit ist dann auch nicht besser. Danke schön.

(Beifall)

Jetzt hat die Fraktion Die Liberalen eine Erklärung abzugeben, und ich erteile dem Vertreter der Fraktion das Wort.

#### **Dr. Kney für die Fraktion Die Liberalen:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit der vorigen Woche liegt dem Präsidium der Volkskammer ein Antrag der Liberalen-Fraktion betreffend Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 mit Wirkung vom 1. Dezember 1990 vor. Er ist verzeichnet in Drucksache Nr. 148. Damit waren alle Voraussetzungen gegeben, diesen Antrag in der heutigen Plenartagung zu behandeln, so daß er zwingend zum Abschluß gebracht werden kann. Durch Fehlinterpretation